

sind in der Deutschen Demokratischen Republik die Überschüsse der volkseigenen und der ihnen gleichgestellten Betriebe. Diese Tatsache unterstreicht erneut die große Bedeutung der Ausführungen W. Ulbrichts auf dem 21. Plenum des ZK der SED, die das Augenmerk auf den entschlossenen Kampf für die Rentabilität der Produktion gerade in den volkseigenen Betrieben, für die Erfüllung des Akkumulationsplanes und für die Mobilisierung aller Reserven lenkten. Anders verhält es sich in den kapitalistischen Staaten: Dort sind die Steuern „eine Form zusätzlicher Ausbeutung der Werktätigen, da ein Teil ihrer Einkünfte mittels des Staatshaushalts zugunsten der Bourgeoisie neu verteilt wird“¹⁴⁴⁾.

Im Kapitalismus sind die Steuergroschen der Werktätigen Hauptquelle für die Finanzierung der gewaltigen Rüstungsvorhaben der Monopolisten und Finanzmagnaten. Ein Beispiel hierfür bietet heute Westdeutschland, wo die ständigen Steuererhöhungen, die in erster Linie die Werktätigen treffen, dazu dienen, das Remilitarisierungsprogramm der Adenauer-Clique zu finanzieren und damit die Durchführung der Pariser Kriegsverträge zu gewährleisten.

Unser Steuersystem trägt dagegen einen demokratischen Charakter: Die aufgebrachtten Steuern werden zum friedlichen Aufbau des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik verwandt. Dabei wird in der Besteuerung differenziert zwischen dem Arbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten, der Handwerker und werktätigen Bauern und dem privatkapitalistischen Vermögen. In der Deutschen Demokratischen Republik haben die Werktätigen große Steuervergünstigungen; mit Einleitung des neuen Kurses sind aber auch zahlreichen kleineren und mittleren Kapitalisten zur Erhöhung ihrer Initiative steuerliche Erleichterungen gewährt worden.

Die Steuerdelikte, deren Auswirkungen in einer Verringerung der Steuereinnahmen und damit einer Gefährdung der Finanzierung der staatlichen Aufgaben bestehen, dürfen in ihrer Gefährlichkeit nicht unterschätzt werden. Sie müssen auch deshalb energisch bekämpft werden, weil sie eine Mißachtung der durch den neuen Kurs ermöglichten steuerlichen Vergünstigungen darstellen und sich gegen eine schnelle Verbesserung des Lebens der Werktätigen richten.

2. Die Normen der Abgabenordnung

a) Die Abgabenordnung (AbgO), vom 22. 5. 1931 ist die wichtigste strafrechtliche Grundlage für die Ahndung von Steuerdelikten. Wie bereits bei der Erläuterung der WStVO erwähnt wurde,¹⁴⁵⁾ sah die Verordnung

144) Lehrbuch der Politischen Ökonomie, S. 231.

145) Vgl. die Bemerkungen zu § 1 Abs. 1 Ziff. 2 WStVO am Ende.